

PRESSEAUSSENDUNG

WK Wien ad FSG-Wien-Jugend: Sachliche Argumente statt Klassenkampf

Wien, 24.10.2016 - Einmal mehr schätzt die FSG-Wien-Jugend in ihrer heutigen Presseaussendung, die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Lage völlig falsch ein. Denn Realität ist, dass die Wiener Arbeitgeberbetriebe trotz gesamtwirtschaftlich schwierigem Umfeld noch nie so viele Menschen in Beschäftigung hatten wie derzeit. Und auch bei der Ausbildung von Fachkräften übernehmen die Betriebe Verantwortung. Über 4000 Jugendliche haben im Sommer vor Beginn des neuen Lehrjahres eine Ausbildung in Wien bei einem Betrieb begonnen. Dass es während des laufenden Lehrjahres weniger offene Lehrstellen gibt, liegt in der Natur der Sache. Dennoch gibt es 448 offene Stellen, die die Wiener Betriebe gerne besetzen würden. Darüber hinaus sei erwähnt, dass die rund 4.000 Wiener Lehr-Ausbildungsbetriebe jedes Jahr rund 270 Millionen Euro in die Ausbildung des Facharbeiternachwuchses investieren. Diesen Einsatz ignoriert die Gewerkschaftsjugend in jeder Diskussion. Dass es Maßnahmen zur Senkung der Wiener Rekordarbeitslosigkeit braucht, ist unbestritten. Einen neuen die Wirtschaft belastenden Ausbildungsfonds braucht es jedenfalls sicher nicht. Zumal die Betriebe ja ohnehin schon die Lehrausbildung über die Abgaben zum Insolvenzausgleichsfonds subventionieren. Mehr Jobs und mehr Wohlstand für alle sind nur über ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort möglich: Entbürokratisierung, weniger Auflagen, flexiblere Arbeitszeiten weniger Unternehmerschikane, eine unternehmerfreundliche Grundhaltung, Sicherung von Betriebsflächen und konkrete Projekte zur Ankurbelung der Wirtschaft. Wenn man das auf Schiene bringt, schaffen die Betriebe tausende neue Jobs von selbst.

Kommunalsteuer für Lehrlinge abschaffen

Will man die betriebliche Ausbildung in Wien stärken, kann man in einem ersten Schritt die Kommunalsteuer für Lehrlinge abschaffen. Die Stadt kassiert mit dieser Kommunalsteuer drei Prozent von jeder Lehrlingsentschädigung, zahlen müssen den Betrag die Ausbildungsbetriebe. Streicht man diese Steuer, sparen sich die Wiener Ausbildungsbetriebe 3,7 Mio. Euro jährlich. Geld, das für Investitionen in neue Lehr- und Arbeitsplätze verwendet werden könnte. Zudem wäre die Abschaffung dieser Kommunalsteuer ein positives Signal der Anerkennung und Motivation für die Wiener Ausbildungsbetriebe.

Rückfragen:

Wirtschaftskammer Wien
Abteilung Presse und Medienmanagement
Christian Wenzl
Stubenring 8-10, 1010 Wien
T 514 50-1585
E christian.wenzl@wkw.at

Alle Aussendungen der Wirtschaftskammer Wien
finden Sie auf <http://wko.at/wien/presseaussendungen>